

Einen neuen Aufbruch wagen

98. Deutscher Katholikentag

16. – 20. Mai 2012 in Mannheim

DOKUMENTATION

Butzon & Bercker

Herausgegeben vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Redaktion: Hajo Goertz
Satz: Heinz Terhorst
Fotosatz: Christian Eschhaus

Umschlaggrafik: Schleiner & Partner, Freiburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7666-1723-1

© 2013 Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bonn
Alle Rechte an der Sammlung der Texte im Buch vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Stefan Vesper 1313

Rote Rucksäcke und das Grün der Hoffnung

Der Katholikentag erweist notwendige Veränderungen
der Kirche

Thomas Grossmann 1515

Auf Gott vertrauen und mutig aufbrechen

Mannheimer Aufruf des Zentralkomitees der
deutschen Katholiken

3030

Einen neuen Aufbruch wagen

Zentrale Eröffnungsfeier des 98. Deutschen Katholikentages

Alois Glück 37

Erzbischof Robert Zollitsch 40

Botschaft an den 98. Katholikentag

Papst Benedikt XVI. 44

Auf vielen Wegen mit Stab und rotem Rucksack

Heiterer Empfang in Mannheim und im
Erzbistum Freiburg

Hajo Goertz 48

Ein Gastgeber auf sieben Inseln

Abend der Begegnung: Auf kulinarisch-kultureller Pilgertour
durchs Erzbistum

Stefanie Stahlhofen 54

wie wir sie in den nächsten Jahren haben, da brauchen wir uns dermaßen einander, dass es überhaupt keinen Sinn hat, sich gegenseitig Schuld oder sonst was zuzuweisen. Deshalb ist Dialog für mich, dass wir deutlich machen, wir brauchen uns miteinander vor Gott und für die Zukunft.

[...]

Podium „Engagiertes Christentum in religionsloser Gesellschaft“

Teilnehmende: **Michael Bauer**, Sozialistisch-Demokratische LaizistInnen, Nürnberg

Prälat Karl Jüsten, Katholisches Büro, Berlin

Prof. Eberhard Tiefensee, Philosoph, Erfurt

Moderation: **Prof. Joachim Valentin**, Haus am Dom, Frankfurt

Samstag, 19. Mai 2012, Rosengarten,
Arnold-Schönberg-Saal

Einführung

Joachim Valentin:

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist der augenscheinliche soziologische Wandel in der deutschen Gesellschaft. Neben dem Rückgang christlicher und kirchlicher Bindung, der Beheimatung neuer religiöser Traditionen, vor allem des Islam, für Deutschland neuer Traditionen, und neben einem Erwachen religionsproduktiver Strömungen in der Esoterikszene wächst besonders in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland die Gruppe der religiös oder konfessionell ungebundenen Menschen. Nach meiner Kenntnis sind das aktuell 27 Millionen. Weniger offensichtlich wächst die Zahl ausdrücklicher Atheisten, aber als Organisation sind sie in den letzten Jahren in gesellschaftlichen Debatten sehr viel präsenter, als das noch vor einem Jahrzehnt der Fall war. Mit diesem Wandel sind neue Debatten um die gesellschaftliche und staatskirchliche Stellung der christlichen Kirchen verbunden.

Einerseits rankt sich der Streit um die Frage, welche Rolle das kulturelle Erbe des Christentums in den europäischen Gesellschaften einnimmt; andererseits stehen gesellschaftliche und politische Verpflichtungen auf dem Prüfstand, zum Beispiel der Religionsunterricht, die Militärseelsorge oder die Kirchensteuer. Oft wird schnell und flach

von einer Privilegierung der Kirchen gesprochen, was die historische Entstehung dieser Privilegien, also die massive Enteignung kirchlicher Besitztümer im Prozess der Säkularisierung, ausblendet – es ist ja auch schon 200 Jahre her. Dabei werden bestimmte Phänomene zu Recht befragt, so etwa die Besoldung von Bischöfen und Domkapitularen in Bayern aus staatlichen Steuermitteln, vielleicht zu Recht. Andererseits wird im Gegenzug oft das System der Kirchensteuer generell in Frage gestellt, ohne auch geregelte Alternativen wie das Italienische Modell einer Kultursteuer mitzudiskutieren oder andere Modelle. Wir haben hier häufig in Talkshows oder anderswo sehr kurzschlüssige und auch oft wenig informierte Debatten zu ertragen. Zudem wird mit der Rede von der Privilegierung der Kirchen das hohe soziale und gesellschaftliche Engagement der christlichen Kirchen nicht unbedingt fair eingeschätzt. ... Ebenso darf kritisch konstruktiv gefragt werden, ob die gemeinschaftliche Nachbarschaftsarbeit in sozialen Brennpunkten, die kirchliche Sozialpastoral für Frauen und Männer in ökonomisch schwierigen Situationen oder die persönliche Kompetenzbildung von Menschen in vielen kirchlichen Gruppen öffentlich genügend gewürdigt wird. ... Nicht unterschätzt werden sollte die Unterstützung unverzichtbarer Einrichtungen wie Kindergärten, Behinderteneinrichtungen oder Krankenhäuser durch kirchliche Gemeinden oder Trägerschaften. Viele kirchliche Kindergärten können besonderes soziales Engagement und besondere pädagogische Profilierung nur dadurch gewährleisten, dass jeder Kindergartenplatz über die öffentlichen Zuschüsse hinaus im Umfang von 10 bis 20 Prozent der Kosten durch kirchliche Gemeinden bezuschusst wird, und wenn man die kommunalen Träger fragt, ob sie denn die Kindergärten übernehmen wollen, dann gibt es oft abwehrende Reaktionen, denn diese 10, 20 Prozent sind für die öffentlichen Hände eben deutlich zu viel an finanzieller Belastung.

Im Streit um kirchliche Einrichtungen und staatliche Zuschüsse, im Streit um die kulturelle Relevanz des Christentums, Religionsunterricht oder theologische Fakultäten zeigen sich kontroverse Diskussionslagen und widersprüchliche Strategien auch bei den Kritikern. Radikale Laizisten und Mitglieder der Giordano-Bruno-Stiftung wollen die gewachsene

gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und Kirche andererseits kappen. Religion wird als illusionäre Verführung oder dogmatische Bevormundung etikettiert, und an die Stelle der Allparteilichkeit des weltanschaulich neutralen Staates soll eine Weltanschauung „strikte Religions- und Transzendenzlosigkeit“ treten; was man dann gerne mit dem französischen Modell des Laizismus verbindet. Auch da entstehen neue Schief lagen: Wer ist dann weltanschaulich ungebunden und kann also das Fach Ethik unterrichten? Sind es nur Christen und Christinnen die das nicht dürfen, wie in vielen Bundesländern erlasslich geregelt? Oder sind nicht auch Marxisten oder erklärte Atheisten weltanschaulich gebunden und können deshalb keinen Ethikunterricht erteilen, was aber in vielen Bundesländern stattfindet? ...

Wir haben es mit einem spannungsreichen Thema zu tun, um das in Deutschland trefflich gestritten wird. Von dem viele vielleicht sagen: Was betrifft mich das in meiner Alltagsrealität? Aber wenn wir etwa in einigen Bundesländern über die Einführung eines konfessionellen Religionsunterrichtes für Muslime oder eben einer Islamkunde diskutieren und dann im Hintergrund immer die Frage kommt, naja, über den christlichen Religionsunterricht müssen wir dann auch mal wieder grundständig diskutieren; wenn Journalisten überrascht sind, dass es in Deutschland doch immer noch fast 50 Millionen kirchlich gebundene Christen gibt, die immerhin Kirchensteuer zahlen – denn die Medien erwecken ja eher den Eindruck, es seien etwa ungefähr gleich viele Muslime und Christen zur Zeit in Deutschland. Die Zahl stimmt nicht, aber das ist die öffentliche Debatte. All diese Fragen zeigen, dass uns das betrifft, und dass wir hier auch fragen müssen, was heißt es denn – jenseits der staatskirchenrechtlichen Fragen – in einer marktförmig gewordenen religiösen und weltanschaulichen Landschaft tolerant miteinander umzugehen?

Diskussion

Eberhard Tiefensee: Die Gruppe, die plötzlich in den Blick gekommen ist und jetzt auch kräftig beforscht wird, besonders von evangelischer

und religionssoziologischer Seite, das sind die sogenannten „religiös Indifferenten“; evangelischerseits werden sie oft „konfessionslos“ bezeichnet. ... Nach unseren heutigen Erkenntnissen haben wir also ungefähr 25 Prozent Atheisten in Ostdeutschland und etwa auch in dieser Zahlengröße, na sagen wir mal knapp unter 30 Prozent Christen. Wenn Sie das zusammenzählen, werden Sie sich fragen, was mit den anderen 45 Prozent ist, die also weder Atheisten sind noch sich in irgendeiner Art und Weise christlich positionieren. Da sind sicher einige Muslime, einige Juden drunter, aber die verschwinden eigentlich rein statistisch, obwohl das natürlich auch eine wichtige Gruppe ist. Das heißt also, wir haben hier die Konsequenz eines sehr langen Prozesses. ...

Wenn ich mal versuche jetzt, die Bevölkerung, die sich da in Ostdeutschland bewegt – und das betrifft ja teilweise Westdeutschland inzwischen mit – zu klassifizieren, das ist natürlich sehr kritisch und gefährlich, dann würde ich zunächst einmal sagen: Atheisten sind Leute, die glauben, dass Gott nicht existiert. Wer behauptet, er weiß, dass Gott nicht existiert, der ist kein Atheist, sondern ein Idiot. Also man kann das nur glauben, und umgekehrt ja genauso. Das heißt also, es sind in diesem Sinne anders Gläubige. ... Diejenigen, die glauben, dass Gott existiert, wären dann also die Theisten im weitesten Sinne; das ist natürlich auch eine sehr bunt gemischte Gruppe. Dann gibt es noch diejenigen dazwischen, die nicht glauben, dass Gott existiert, also sie können dazu keine Überzeugung gewinnen; man bezeichnet die normalerweise als Agnostiker. Das könnte eine starke Gruppe sein, die sich da eher versteckt in diesen fehlenden Prozenten. Aber dann vermutlich gibt es auch noch eine starke Gruppe derjenigen, die überhaupt mit dieser ganzen Frage nichts anfangen können und die sie völlig kalt lässt.

Das ist jetzt eine sehr grobe Einteilung, da muss man sicher sehr stark differenzieren. Aber das macht das ganze Feld insofern etwas schwierig, dass man immer genau sehen muss: Wer ist da, dem man da begegnet, und wie steht er weltanschaulich da, hat er so was wie eine Weltanschauung, hat er so was reflektiert wie eine Weltanschauung, kann er sagen, woran er sich orientiert? Oder geht er eher pragmatisch-nüchtern mit dem Leben um? Das sind, glaube ich, in Ostdeutschland

sehr viele mit der Devise: „Das Leben muss weitergehen; lass doch diese metaphysischen Fragen mal links liegen.“ Die werden sich also, nehme ich jetzt mal an, weder bei den Humanisten orientieren noch bei den Christen. Und jetzt wird's eben spannend. Wenn wir auf solche Leute treffen als Christen, dann kann es passieren, dass große Ratlosigkeit herrscht. ...

Da ist Erfurt, da gibt es die, die noch nie im Erfurter Dom waren, weil die das einfach nicht interessiert, dort rein zu gehen. Dann gibt es aber auch Leute, die anfangen, jetzt neugierig zu werden, gerade bei den Jüngeren, weil sie eben mit dieser ganzen Welt nie konfrontiert worden sind. Ihre Eltern sagen dazu nichts, die Großeltern sind vielleicht noch konfirmiert, vielleicht aber bloß getauft, also da ist kein Gesprächspartner da; und plötzlich stürzen die sich regelrecht auf Leute, die sich mal als Christen outen, um sie – wie man so schön sagt – „an der Zunge zu ziehen“, man möchte mal mit jemandem reden, der der Meinung ist, es gibt so etwas wie Gott, man kann mit ihm leben, man kann beten. Wie geht das überhaupt und warum macht man so etwas? Solche Fragen tauchen dann plötzlich auf. Also mir berichten zumindest Theologiestudenten, besonders aus den alten Bundesländern, dass sie in den neuen Bundesländern diese Aggressivität gegen Kirche relativ selten erleben; die ist im Westen viel stärker als im Osten, weil man ja eben manchmal da eine entsprechende Schmerzgeschichte hinter sich hat. Das fehlt im Osten. Und dass sie da auf eine Neugier treffen, die dann dazu führt, dass sie nachts nicht ins Bett kommen, weil die Diskussionen so lange dauern. Von daher ist also ein gewisses Engagement vielleicht sogar erwünscht und angefragt von Menschen, die eben religiös indifferent, vielleicht auch religiös unmusikalisch sind, wie das mal Jürgen Habermas von sich selbst gesagt hat. Die versuchen, in irgendeiner Art und Weise da mal wenigstens authentische Informationen von Menschen, die das authentisch leben, zu bekommen. ...

Michael Bauer: Ich habe heute zwei Hüte auf: einerseits einen sozialdemokratischen Hut, andererseits aber auch einen humanistischen Verbandshut. Ich versuche, den beiden Hüten möglichst gerecht zu wer-

den, was aber vielleicht manchmal die eine oder andere steile Kurve dann bedingt. Zu der Frage, ... wie soll denn das Verhältnis des Staates, wenn man es so nennen möchte, zu den religiösen und weltanschaulichen Gruppierungen gestaltet sein? Da gibt es zwei Möglichkeiten, die auf einer grundlegenden Überlegung beruhen: ... Wir haben jetzt eine andere Gesellschaft als noch in den 50er Jahren. In dieser Zeit ist aber das entstanden, oder sogar noch vorher, was wir heute Staatskirchenrecht nennen. Da ging man davon aus, dass eben die Werte von den christlichen Kirchen geprägt vermittelt, weiterentwickelt werden. ... Diese Pluralität, die wir heute haben, im konfessionellen Sinn, im weltanschaulichen Sinn – die Indifferenten, die Humanistischen, die Islamischen, die Katholischen, die Evangelischen, die irgendwie Christlichen, die vielleicht irgendwie Religiösen, die allgemein Spirituellen und so weiter – sind alle Bürger dieser Republik und haben die gleichen Rechte. Ihre Interessen müssen also in irgendeiner Form in dieses staatliche Handeln inkorporiert werden; und das ist das, worum es geht: letztlich geht es um Gleichberechtigung.

Und dann sind wir jetzt schon bei der Frage der Privilegierung. Stellen Sie es sich jetzt vielleicht ein bisschen als Markt vor: Es gibt verschiedene Marktteilnehmer, die wollen verschiedene Produkte nachfragen, aber die Anbieter werden unterschiedlich behandelt. Man nennt es im Recht der europäischen Union ein „Markteintrittshindernis“. Das ist eigentlich das, was wir haben: Wir haben staatliche Mittelzuweisungen, Gesetze, die entsprechend lauten, die sehr einseitig die großen christlichen Kirchen bevorzugen und eben mit vielen Mitteln ausstatten. Das haben Sie in ganz vielen Bereichen. Die plakativsten sind die theologischen Fakultäten; das ist natürlich der Religionsunterricht; das geht bis zur Militärseelsorge und, und, und. Hier ist die Folge dieser Argumentation eigentlich eine ganz einfache und letztlich gar nicht so gefährliche für die Gläubigen, sondern heißt eigentlich nur, sie müssen rücken. Diese Privilegierung, fast schon Monopolisierung, auf Wertevermittlung, Wertevertretung, Betreuung im spirituellen Sinn, wenn man das im sehr allgemeinen Begriff fasst, kann nicht nur auf die christlichen Kirchen beschränkt bleiben. Das staatliche Verhältnis dazu muss sich weiter entwickeln. ...

Also, wie kann das staatliche System durch die Religionsverfassung, wie man es auch immer nennen möchte, so gestaltet werden, dass sie allen Bürgern hinsichtlich ihres Glaubens, ihrer Bekenntnisfreiheit, ihrer Religionsfreiheit, im positiven und negativen Sinne, gerecht wird? Das ist die Frage. Und die Antwort, die wir darauf geben, ist die des Laizismus. Das ist auch ein schillernder Begriff; man kann zwei Facetten erkennen, das eine ist das, was wir so als französischen Laizismus kennen: alles weg, keine Beziehungen. Diese Ausrichtung entspricht nicht der deutschen Tradition, weder der Rechtstradition noch der kulturellen Tradition und auch nicht der politischen Tradition. Ob das für Deutschland der richtige Weg ist, da wage ich ein großes Fragezeichen zu machen. Es gibt hier aber noch eine andere Form: das kooperative Verhältnis des Staates zu den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu reformieren, neu zu definieren im Sinne einer Äquidistanz, des gleichen Abstands des Staates, und so Neutralität zu definieren, wie das andere europäische Staaten ja auch tun. Wenn wir diesen Weg versuchen weiterzudenken, kommen wir, denke ich, auch zu einer ganz guten Lösung; die beinhaltet die Neuverteilung der Mittel und wahrscheinlich auch die Neudefinition eines Grundes, warum denn staatliche Mittel verteilt werden. ...

Karl Jüsten: Das Staatskirchenrecht ist grundsätzlich offen für jede Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft. Es gibt keine Privilegierung irgendeiner Konfession oder Religion. Wer immer das behauptet, ist auf dem Irrweg. Denn wenn das so wäre, hätte das Bundesverfassungsgericht bei diversen Urteilen das jetzige Staatskirchenrecht schon längst einkassiert. Es stimmt also nicht, auch wenn es behauptet wird. Das Zweite ist: Wie kommt man nun als Religionsgemeinschaft sozusagen in diesen Staat hinein, wie findet man hinein, wenn man neu in diesem Land sich irgendwie versucht zu etablieren, und wie sieht es aus für diejenigen, die etabliert sind? Es gibt etwas, was übrigens viel älter ist als das Grundgesetz, das ist die Weimarer Reichsverfassung; in den wesentlichen Grundzügen besteht das Staats-Kirche-Verhältnis also schon viel älter, es ist historisch gewachsen in verschiedenen Etappen.

Es ist übrigens eher ein protestantisches Recht gewesen, und wir Katholiken haben uns dann irgendwann auch darin mal zu Hause gefühlt und eingerichtet, also das heißt, wir haben's auch geschafft, uns in diesem Staatskirchenrecht zurecht zu finden, folglich gehe ich davon aus, dass jede andere Religionsgemeinschaft sich darin auch zurechtfindet. Was übrigens viele sehr gut tun. Wie etwa die Juden in Deutschland. Die Juden haben die gleiche Kirchenverfassung wie eben die evangelische und die katholische Kirche, sind übrigens proportional viel größere Bezieher von Staatsleistungen als die evangelische und katholische Kirche zusammen, mit gutem Grund, da bin ich überhaupt gar nicht neidisch, sondern ich unterstütze das auch; diese Staatsleistungen sind jetzt erst mehr als verdoppelt worden. ... Des weiteren sind andere Konfessionen und Religionsgemeinschaften im Laufe der Republik in die gleichen Rechte hineingekommen, wie sie die evangelische und katholische Kirche haben; etwa die Orthodoxen sind Körperschaft des öffentlichen Rechts, sie verzichten von sich aus auf die Möglichkeit, Kirchensteuer zu erheben, was die Juden übrigens nicht tun, die erheben auch Kirchensteuer. Die Aleviten sind auch Körperschaft des öffentlichen Rechts geworden, eine muslimische Konfession, die sind noch nicht so lange in diesem Status. Die Zeugen Jehovas haben diesen Status jetzt erreicht. Das heißt, den Status, den die beiden großen Kirchengemeinschaften haben, können alle Gemeinschaften erreichen. ... Was Sie als Privilegien bezeichnet haben, sind in Wahrheit keine Privilegien, weil der Staat mit den Kirchen Vertragsbeziehungen eingegangen ist, und zwar über das, was wir als Körperschaft des öffentlichen Rechts hinaus oftmals eingehen, etwa in dem ganzen Bereich der Gesundheitsvorsorge. Da übernehmen die beiden großen Kirchen Aufgaben, die normalerweise der Staat übernehmen müsste. Wir sind in Deutschland aber so organisiert, dass der Staat nicht die Krankenhäuser vorhält oder die Altenheime, sondern dass das die Träger der freien Wohlfahrtspflege sind. Und da kann mit dem Staat jeder einen Vertrag eingehen, der die Bedingungen erfüllt. In Berlin ist das übrigens sehr stark ausgeprägt und in Ostdeutschland, da übernimmt das die alte Volkssolidarität. ..., Von daher ist es für mich ein bisschen eine polemische Debatte, wenn

man sagt, das Staatskirchenrecht hat sich überholt. Im Gegenteil, es ist aktueller denn je, es ist geforderter denn je. Natürlich das Recht muss so offen sein; auf einem sich pluralisierenden – jetzt nehme ich auch mal einen Wirtschaftsbegriff – Markt der Religionen muss der Staat – jetzt mache ich mich mal zum Anwalt des Staates – natürlich Rahmenbedingungen vorsehen, dass jede der Religionsgemeinschaften nach ihrer Fassung selig werden kann. Aber bitte doch nicht in Konkurrenz treten und sagen, was die eine hat, das wollen wir der anderen nehmen, sondern gucken, wie wir als Religionsgemeinschaft, schiedlich, friedlich miteinander klar kommen. ...

Folglich bin ich sehr dafür, das bestehende Staats-Kirche-Verhältnis beizubehalten. Man kann es immer an der einen oder anderen Stelle kurieren. Sie haben die Staatsleistungen angesprochen, da sind wir übrigens auch bereit dazu, da zu reformieren; auch die Bischöfe haben schon selber gesagt, es ist in der Tat eine schräge Situation, wenn sie die Gehälter sozusagen aus den Staatsleistungen bekommen. Wir lösen im Moment auch übrigens tüchtig ab, dazu brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht von Parteien. Das sind oftmals die Länder, die sich damit schwer tun, weil sie natürlich dann ihren Haushalt dementsprechend auch belasten müssten, wenn sie uns dann entlasten. ...

Eberhard Tiefensee: Ja, Erfurt ist in der Beziehung [staatliche Fakultäten; d.R.] ein ganz gutes Beispiel. Wir hatten eine kirchliche Hochschule für die Priesterausbildung, die vom DDR-Staat also bestenfalls geduldet war. Es war überhaupt keine Chance, mit irgendwelchen staatlichen Universitäten und Fachhochschulen zu kooperieren. Ich war sogenannter Studentenpfarrer, das durfte niemals offiziell gesagt werden, weil natürlich die Kirche an der Universität nichts zu suchen hatte. Das hat sich 1989 total geändert. Und da ist was Hochinteressantes passiert, dass besonders traditionalistische Kreise in der Kirche dagegen waren, dass die kirchliche Hochschule in der staatlichen Universität als Fakultät landet. Weil das ja die Kirchlichkeit beschädigen könnte. Die waren also seltsamerweise in einem Boot mit denjenigen, die meinten, an einer staatlichen Universität hat die Theologie nichts zu suchen. Ko-

misch, wie sich die Extreme dann plötzlich berühren. Und wir haben das dann aber doch hinbekommen, das war ein ziemlich komplizierter Weg.

Wir können sagen, das ist der eigentliche Ort von Theologie, die Theologie soll nicht neben der Universität, sondern in der Universität betrieben werden. ... Theologie ist Teil der Wissenschaft, und es soll also auch unbedingt auch islamische Theologie hineinkommen. Also, man weitet sogar das Modell aus. Der Wissenschaftsrat besteht zum großen Teil aus Naturwissenschaftlern, das ist keine kirchliche Organisation, also wenn die sogar dieser Meinung sind, kommt mir der Versuch, hier wieder eine Trennung durchzuführen, wie ein Rückfall ins 19. Jahrhundert vor. Wir haben in der DDR-Zeit genau diese Situation gehabt: Kirche hat nur in der Sakristei was zu suchen und ansonsten soll sie also möglichst nicht auf der Bildfläche erscheinen. Ich glaube, wenn diese Tendenzen wieder kämen, dann hätte man ein ähnliches Problem. ... Gegenüber dem Rathaus in Erfurt steht ein schöner Satz an einer Hauswand: „Nisi dominus nihil.“ „Wenn nicht der Herr, dann nichts.“ Das haben damals die SED-Genossen wahrscheinlich nicht übersetzen können, weil sie nicht Lateinisch konnten. Ich denke, das ist einfach ein wichtiger Impuls, der für diese Gesellschaft nötig ist, und Salz und Suppe wieder zu trennen und das Salz in die Tüte daneben zu stellen, das kann nicht der Weg sein. Das kooperative Modell ist aus meiner Erfahrung heraus das bisher beste. ...

Michael Bauer: Die deutsche Tradition rechtlich-kulturell ist die kooperative, und ich würde mich lieber darauf konzentrieren zu überlegen, wie man denn im Rahmen dieser kooperativen Tradition eine Reform, eine Veränderung hinbekommen kann, dass das Ganze fairer wird. Da bleibe ich bei dem Marktbeispiel. Ich denke, das ist einsichtig und auch einleuchtend für jeden, weil's deutlich macht, worum's geht. Die erste humanistische Fakultät sozusagen in Bayern – ich weiß nicht, ob die ausgerechnet in Bayern sein wird –, aber da nehme ich Herrn Jüsten dann gerne beim Wort, und als Ratgeber und Fürsprecher wird er uns dann sicherlich einen Empfehlungsbrief mitgeben, wenn's dann so

weit ist. Der Versuch des HVD [Humanistischen Verbandes] in Berlin, seine Lehre und Ausbildung genauso, wie die Kirchen es schon haben, an der staatlichen Universität voll finanziert von Lebenszeitbeamten hinzubekommen ist bisher nicht geglückt. Es ist eine Frage der Politik. Ich entnehme Ihren Worten, Herr Jüsten, dass die Kirche da gar nicht unser Gegner ist, sondern unser Unterstützer. Die politische Haushaltsaufstellung, die Verteilung der Mittel, das ist das, worum's geht, also wer kriegt die Stellen, wer kriegt welches Geld, wofür, um was zu machen? Das ist die politische Frage, und da ist es nicht vorstellbar, also realistisch zumindest, dass der Topf größer wird, dass man jetzt sagt, jeder behält, was er hat, obwohl es immer weniger Glaubensangehörige gibt, obwohl die theologischen Fakultäten, gerade die Katholischen, ja nun nicht gerade unter einem immensen Besucherandrang leiden; dass da schon das Professoren-Studierende-Verhältnis ja im einstelligen Bereich ist, da muss man sich schon fragen, ist das denn noch gerechtfertigt, braucht's so viele, kann man nicht auf dem Wege der Umwidmung da mehr hinbekommen? ...

Mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist nicht religiös. ... Man kann dieses mindestens Drittel nicht einfach beiseite schieben und sagen, die haben keine Werte, die haben keine Bedürfnisse, die brauchen keine entsprechende, auch kulturell unterstützte Weiterentwicklung ihrer Sichtweisen, ihrer Weltanschauungen und ihrer Überzeugungen. Das ist der Punkt, der nicht geht. Da muss man schon dann hinausgehen über diese bisherige Privilegierung – ich bleibe bei dem Wort, weil's schlichtweg so ist – von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen gegenüber anderen.

[...]

Eberhard Tiefensee: Das wäre völlig unfair, denjenigen, die zu keiner Konfession zugehören, irgendwelche Werte abzusprechen. Ich halte das für unmöglich, das ist inzwischen soziologisch erwiesen, dass es keinen Werteverlust durch Verlust von Religion gibt. Das wird zwar immer wieder behauptet, aber es stimmt schlicht und einfach nicht. Also das würde ich gleich mal hier vom Tisch räumen. Ich habe bloß Probleme

me, gerade bei der sehr diffusen Gruppe der religiös Indifferenten – ich nenne sie jetzt mal so mit diesem technischen Begriff, also diejenigen, die sich nirgendwo zuordnen – jetzt zu sagen, dass zum Beispiel der humanistische Verband für die der Sprecher wäre. Denn nach meiner Information würden die das auch nicht akzeptieren. Ich habe also ganz klare auch Botschaften aus dieser Szene, die sagen, ich ordne mich keiner Weltanschauung zu, auch nicht dem Humanismus. Und von daher muss man da noch mal genau hinschauen, wer für wen und wie spricht.

[...]

Fragen aus dem Publikum: Das Thema heißt „Engagiertes Christentum in religionsloser Gesellschaft“. Wir haben bisher nur etwas über Laizismus und Religionsdifferenzierungen gehört. Ich bitte darum, dass Sie auch zu den anderen 50 Prozent Ihres Themas, jeder von Ihnen, auch Herr Bauer, etwas sagen, wie Ihr engagiertes Christentum in dieser religionslosen Gesellschaft sein soll. ...

Eberhard Tiefensee: Zunächst mal sind wir ja als Christen Menschen, die dazu regelrecht verpflichtet sind, nicht die schöne Seele zu pflegen, sondern auf Sendung zu gehen. Das Wort Mission nehme ich ungern in den Mund, weil das meistens mit negativen Konnotationen, also Begriffen verbunden ist. Aber wir haben einen Sendungsauftrag. Die große Problematik ist, dass so etwas, wie wir jetzt hier besonders in den neuen Bundesländern haben, der Kirche noch nie untergekommen ist. Bisher ist Kirche immer auf andere Religionen getroffen, aber nie auf Nicht-Religion. Und das ist eine neue Situation, und da muss man sich natürlich schon genau überlegen, wie sieht das Engagement in einem solchen Umfeld aus.

Aber da gibt's inzwischen eine ganze Menge, was da passiert, das hat mehr experimentellen Charakter. Natürlich sind's die traditionellen Sachen, katholische Kindergärten, katholische Schulen, die in hohem Maße auch von Nicht-Christen besucht werden, darüber wollte ich jetzt gar nicht reden; aber wo das Engagement ganz stark ist und was oft übersehen wird, ist im liturgischen Bereich. Als im Gutenberg-Gymna-

sium in Erfurt das Attentat war, sind die Leute als erstes in die Kirche gegangen, erst in die evangelische Kirche, die in der Nähe war, am Tag darauf in den Dom. Das heißt also, das ist ein Engagement, was auch wirklich abgefragt wird im entscheidenden Moment, wenn die Leute nicht wissen, wo hingehen; nicht ins Fußballstadion, nicht ins Kino, die laufen auch nicht ins Rathaus oder treffen sich beim Bäcker, sondern sie gehen in eine Kirche. ...

Karl Jüsten: Wir haben optimale Rahmenbedingungen in Deutschland als Kirchen, vielleicht sogar weltweit im Vergleich wahrscheinlich kaum bessere, zumindest unserer Situation, unserer Mentalität entsprechend kann ich mir das nicht besser vorstellen. Die Frage ist, was machen wir damit? Und mich schmerzt's dann manchmal schon, wenn – was Herr Bauer dann ja auch kritisiert – wir diese optimalen Rahmenbedingungen haben, so als ob 100 Prozent der deutschen Bevölkerung christlich wären, ... und wenn ich mir dann so ankucke, wie ausdruckslos teilweise das Christentum in unserem Land geworden ist und das schmerzt mich sehr, weil die Rahmenbedingungen auch von den Politikern her eigentlich so sind, dass wir vielmehr machen könnten.

Michael Bauer: ... Bürgerschaftliches Engagement ist sehr wichtig und sollte dort wertgeschätzt und auch ermöglicht werden, wo immer es stattfindet. Solange es für die freiheitlich demokratische Rechtsordnung ist und nicht für ein Engagement außerhalb von dieser, ist das sehr begrüßenswert und sehr unterstützenswert. Aber da will ich doch gar keinen Zweifel lassen, ich bin ja humanistischer Atheist: Mir ist eine lebendige Kirchengemeinde auch lieber als eine tote. [...]

Fragen aus dem Publikum: Ich wundere mich schon über die Angst von Humanisten und weiten Kreisen der Bevölkerung, dass hier in Deutschland die christlichen Kirchen bevorzugt werden und der Islam benachteiligt wird. Da frage ich mich schon, welche Werte sind denn so schlecht an den christlichen Werten und welche Werte könnte der Islam zusätzlich hinzubringen? – Der berühmte Satz „Wir sind das Volk“ ist

damals aus der Leipziger Nikolaikirche ausgegangen, und damit ist der Aufbruch zur friedlichen Vereinigung Deutschland herbeigeführt worden. Die Kirche hat eine entscheidende Rolle gespielt bei der Wiedervereinigung Deutschlands. Was ist aus dem Aufbruch damals seit der Wiedervereinigung in Deutschland geworden und wie hat die Kirche ihre Sendung bis heute wahrgenommen, um diese 30 Prozent Atheisten in das Haus Gottes wieder zurückzuführen?

Eberhard Tiefensee: Es war eine Illusion zu meinen, dass, wenn die Friedensgebete voll sind, danach die Kirchen auch wieder voll sind. Es gab besonders im evangelischen Bereich engagierte Christen, die gehofft haben, dass mehr oder minder die Volkskirche wiederkommt, wenn der staatliche Druck weg ist. Der Vorhang ist inzwischen aufgegangen, und man weiß, dass sowohl die Marxisten als auch die Christen eine Minderheit in Ostdeutschland waren, der größte Teil eben indifferent, irgendwie dazwischen. Ich habe ja schon angedeutet, dass es sehr schwierig ist, da eine gemeinsame Basis zu finden; auf der einen Seite hat man möglicherweise Andersgläubige – ich würde Atheisten so bezeichnen –, und auf der anderen Seite hat man eben Menschen, die mit diesem ganzen Fragekomplex nichts anfangen können und davon nicht berührt sind. Es ist eine völlig neue Situation, das hat's in der ganzen Welt noch nicht gegeben, gibt's weltweit so gut wie gar nicht, und wir müssen da experimentieren. Aber ich denke, wir können da sowieso keine großen Erfolge anzielen, weil das letztlich nicht in unserer Hand liegt. Wir setzen Impulse; den Glauben vorschlagen, heißt das, und was die anderen damit machen, ist doch ihre Sache. Es ist doch jedermann frei, sich dann zu entscheiden. [...]

Podium „ZuMUTungen des Zweiten Vatikanischen Konzils“

Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute

- Teilnehmende: **Sr. Dr. Benedikta Hintersberger OP**, Augsburg
Dr. Veronika Hoffmann, Dogmatikerin, Erfurt
Professor Helmut Hopping, Dogmatiker und Liturgiewissenschaftler, Freiburg
Dr. Norbert Lammert MdB, Bundestagspräsident, Berlin
Dr. Ute Leimgruber, Pastoraltheologin, Nürnberg
Professor Andreas Lob-Hüdepohl, Moraltheologe, Berlin
Bischof Leo Nowak, Magdeburg
- Moderation: **Professor Andreas Benk**, Religionspädagoge, Schwäbisch Gmünd

Donnerstag, 17. Mai 2012, Rosengarten, Wolfgang-Amadeus-Mozart-Saal

Andreas Benk: Vorangestellt sind unseren **Veranstaltung** die wohl meist zitierten Worte dieses Konzils, die die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* einleiten: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“ Kirche betreibt keine eigene Sache, sondern stellt sich an die Seite aller Menschen, nicht nur der Katholiken, nicht nur der Christen. Und sie solidarisiert sich insbesondere mit den Armen und Bedrängten, mit den Menschen, deren Würde bedroht ist. Diese Worte und das gesamte